



Mitglied des Landtages Brandenburg
Frau Abgeordnete
Heide Schinowsky
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Alter Markt 1
14467 Potsdam

nachrichtlich:

Präsidentin des Landtages Brandenburg
Frau Britta Stark

Potsdam,  . Februar 2018

Mündliche Anfrage 1185 "Datenbasis für angebliche EEG-Kosten in Höhe von 800 Mrd. Euro"

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

zu Ihrer oben genannten Anfrage und der zitierten Berichterstattung vom 02.01.2018 kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Die Landesregierung weist seit langem auf die immens steigenden Kosten, die die Umsetzung der Energiewende mit sich bringt und die letztendlich von allen Steuerzahlern zu finanzieren sind, hin. Das betrifft u.a. neben den gestiegenen Netzentgelten und der Stromsteuer vor allem auch die EEG-Umlage.

Bis heute wurden aus dem EEG laut BMWi und Bundesnetzagentur bereits Vergütungs- und Prämienzahlungen der Übertragungsnetzbetreiber in Höhe von insgesamt rd. 200 Mrd. Euro ausgezahlt.

Eine Projektion der noch dazu zu rechnenden künftigen Ausgaben und gesetzlichen Verpflichtungen basiert auf vielen Annahmen, die je nach Herangehensweise zu unterschiedlichen Ergebnisszenarien führen.

Sicher ist aber, dass die jährlichen Belastungen aus der EEG-Umlage in den nächsten Jahren bei jährlich rd. 25 bis 30 Mrd. Euro liegen werden. So sind die Kosten für die EEG-Umlage von 0,20 Cent pro Kilowattstunde bei ihrer Einführung im Jahr 2000 auf mittlerweile fast sieben Cent gestiegen. Das belastet vor allem die Haushalte mit geringeren Einkommen und unseren Mittelstand. Es gefährdet auch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen.

Auch wenn diese Belastungen langfristig wieder zurückgehen sollten, werden noch weitere hunderte Milliarden Euro auf die Stromkunden umgewälzt. Darüber hinaus fallen neben der EEG-Umlage noch zahlreiche weitere Kosten wie beispielsweise für den Netzausbau an. Die Landesregierung geht deshalb davon aus, dass der Betrag von schätzungsweise weiteren 600 Mrd. Euro dabei nicht die letzte genannte Zahl bleiben dürfte.

Aktuell hat Deutschland gemeinsam mit Italien und Dänemark die höchsten Strompreise in Europa. Eine Belastung, die neben den Bürgerinnen und Bürgern vor allem auch unsere Unternehmen tragen müssen und die aus Sicht der Landesregierung gestoppt werden muss, wenn wir nicht ein Abwandern unserer stromintensiven Unternehmen und damit unserer industriellen Basis ins Ausland verhindern wollen. Deshalb wird sich die Landesregierung beim Bund dafür einsetzen, dass die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien gerechter verteilt und zumindest zum Teil auch aus dem Bundeshaushalt finanziert werden.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Martin Gorholt